



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
38. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 06.10.2025
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Dr. Ulrich Brock - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Klaus Hinrich Rohlf - CDU	Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz
Kristin Blankenburg - SPD	
Julian Lange - SPD	
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion	
Jörn Twesten - AfD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Stephan Wisotzki
Carl-Wilhelm Howe - LINKE & GAL	Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens
Sascha Peukert - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Arne-Matz Ramcke
Klaudia Kohlfaerber - SPD	
Ulrich Pluschkell - SPD	
Oliver Prieur - CDU	
Jörg Sellerbeck - CDU	
Dan Teschner - FDP	
Beiratsmitglieder	
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen	Bis TOP 5.9
Christa Renzow - Beirat für Senior:innen	Nur öffentlicher Teil
Mandy Schellbach - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Nur öffentlicher Teil
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat	Bis TOP 6.4.6
Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Bis TOP 3.2

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 3.4
Stefan Höfel - Die Fraktion	
Elfi Rostkowski - SPD	
Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	Bis TOP 3.3
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	Nur öffentlicher Teil
Dirk Dreilich - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Elisabeth Fröhlich - 5.000.1 Stabsstelle Verkehrsfluss und Geo-Services	Nur öffentlicher Teil
Cornelia Neumann - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 5.2
Melanie Ohle - 5.060 FBC	Bis TOP 3.3
Timo Peters - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Ingo Massa -	Bis TOP 6.4.6
Frank Rennemüller - Handwerkskammer Lübeck	Bis TOP 6.4.2
Ralf Stamer - Handwerkskammer Lübeck	Bis TOP 6.4.2
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jochen Mauritz - CDU	Entschuldigt abwesend
Sascha Luetkens - LINKE & GAL	Abwesend
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.07.2025	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2025	
2.4	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.09.2025	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	VO/2024/13418
3.1.1	Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV	2024/13418-01-01
3.1.2	Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn	VO/2025/14411
3.2	Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057
3.3	Haushalt 2026	VO/2025/14306
3.4	Bebauungsplan 11.04.00 - Solarpark Blasfeld/Wulfsdorf - und zugehörige 153. Änderung des Flächennutzungsplanes Aufstellungsbeschlüsse	VO/2025/14538
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	Antrag des BM Detlev Stolzenberg (Die Fraktion): AT zu: Zwischennutzung des Lagerplatzes am Leuchtenfeld als Spiel- und Sportfläche	VO/2025/14434-02
5	Berichte	
5.1	Zwischenbericht Raumplanung IV	VO/2025/14014
5.1.1	Antwort auf Anfrage des AM Mauritz (CDU) zum Zwischenbericht Raumplanung IV - Darstellung der Variante 4 (VO/2025/14014)	VO/2025/14014-02
5.1.2	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Jochen Mauritz (CDU), Dan Teschner (FDP): AT zu VO/2025/14014-03 Zwischenbericht Raumplanung IV	2025/14014-03-01
5.2	Städtebauliche Gesamtmaßnahme Altstadt - Sachstand und	VO/2024/13609-01

	Maßnahmenpriorisierung	
5.3	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14168
5.4	Bericht zum aktuellen Bearbeitungsstand "Notfallplan Verkehrssicherheit"	VO/2025/14506
5.5	Quartiersgaragen in Lübeck	VO/2025/14383
5.6	Bericht zum Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Abschluss der Bestandsanalyse und Grundlagen-ermittlung für das Theater Lübeck	VO/2025/14519
5.7	Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung	2024/13808-03-01
5.8	Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reinigungskräfte in der Unterhaltsreinigung der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14516
5.9	Bericht zur Überplanung des Verkehrsraums in der Roonstraße	VO/2023/12427-01
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Brock zur Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade	VO/2025/13995-01
6.1.2	Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Pfützenbildung Falkenstraße	
6.1.3	Antwort auf die Anfrage des AM Kohlfaerber (SPD): Sachstand B-Plan Mühlenberg	
6.1.4	Antwort auf die Anfrage des AM Ingwersen (CDU): Sachstand VEP	
6.1.5	Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD): Zielabweichungsverfahren Windenergieflächen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Anfrage zur Einführung Tempo 30 in Brodten	VO/2025/14623
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Sitzungstermine Bauausschuss 2026	VO/2025/14459
6.4.2	Mündliche Mitteilung: Trave Campus	

6.4.3	Mündliche Mitteilung (Beirat für Menschen mit Behinderungen): Inklusive Spielplätze	
6.4.4	Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Neue Teutendorfer Siedlung	
6.4.5	Mündliche Mitteilung (5.000.1): Projektstatus VIAA	
6.4.6	Mündliche Mitteilung: Wochenmarkt am Brink. Erreichbarkeit während der Baumaßnahmen zum Radschnellweg; Inanspruchnahme von Wochenmarktsflächen im Zuge der Baumaßnahmen	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des BM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens Glas- hüttenweg 33-35	VO/2025/13967
7.2	AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Nachpflanzung von Alleebäumen in Ivendorf	VO/2025/14554
7.3	Dringlichkeitsantrag von AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ratzeburger Allee für die Zeit der Baustellensituation	VO/2025/14566
7.4	Antrag AM Stolzenberg (Die FRAKTION): Prüfauftrag zur Errichtung einer öffentlichen Sport- und Freizeitanlage im Orkney Park in Travemünde	VO/2025/14607
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 5.8 Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reinigungskräfte in der Unterhaltsreinigung der Hansestadt Lübeck (VO/2025/14516)
- TOP 5.9 Bericht zur Überplanung des Verkehrsraums in der Roonstraße (VO/2025/14427-01)
- TOP 6.2.1 AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Anfrage zur Einführung Tempo 30 in Brodten (VO/2025/14623)

Der Vorsitzende lässt über die Behandlung von TOP 5.8 und TOP 5.9 im Wege der Dringlichkeit abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig für die Behandlung der Unterlagen im Wege der Dringlichkeit.

Der Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Herr Hammer mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende beantragt, die TOP 6.4.2, TOP 6.4.3 und TOP 6.4.6 vorzuziehen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 5.1 und TOP 5.1.1 zur Kenntnis zu nehmen, da die Bürgerschaft hierzu bereits abschließend befunden habe. Der Antrag unter TOP 5.1.2 wird von den Antragstellern zurückgezogen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 5.3, da hierzu noch eine Akteneinsicht genommen werden solle.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende berichtet, dass die FDP noch um Vertagung der Vorlage unter TOP 5.5 bitte, und beantragt, das Thema zur vertagen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, dass der TOP 3.3 aufgerufen wird, aber die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung vertagt wird, zu der die Vorlage erneut aufgerufen werden soll.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 3.1, TOP 3.1.1 und TOP 3.1.2 auf die nächste Sitzung.

AM Pluschkell kritisiert, dass der Ausschuss nicht in der Lage sei, hierzu eine Entscheidung zu treffen. Er werde der Vertagung aber nicht widersprechen.

Der Vorsitzende entgegnet, dass eine solche Entscheidung in einem demokratischen Prozess Zeit benötige.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

AM Stolzenberg wünscht, die Behandlung des TOP 13.3.2 im öffentlichen Teil durchzuführen.

Frau Belchhaus erklärt, dass die Behandlung von Bauanträgen aus datenschutzrechtlichen Gründen üblicherweise im nichtöffentlichen Teil erfolgt. Es liege auch noch kein Bauantrag vor, die Verwaltung würde nur den aktuellen Verfahrensstand darstellen.

AM Pluschkell merkt an, dass das Thema auch deswegen im nichtöffentlichen Teil besprochen werden müsste, da hier wirtschaftliche Belange des Vorhabenträgers betroffen sein könnten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Diskussion über die nichtöffentliche Behandlung eines TOP auch nichtöffentlich stattfinden müsse.

Senatorin Hagen beantragt die Vertagung des TOP auf die nächste Sitzung, um die Frage der öffentlichen Behandlung zu klären und der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, den Vorhabenträger zu informieren.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung von TOP 13.3.2 abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.07.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2025

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 2.4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.09.2025

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn
Vorlage: VO/2024/13418**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.1.1 Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV
Vorlage: 2024/13418-01-01**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.2 Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn
Vorlage: VO/2025/14411

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.2 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, Senatorin Hagen, AM Howe, AM Stolzenberg, Herr Stolte, AM Lange, AM Mählenhoff und AM Pluschkell.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Vorlage auf die übernächste Sitzung zu vertagen.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.3 Haushalt 2026
Vorlage: VO/2025/14306

Herr Uhlig leitet in die Debatte ein. Er stellt den Haushalt 2026 anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.
Frau Ohle gibt anhand der Folien 50-54 eine Übersicht zum Haushalt 2026 aus der Sicht des Fachbereichs Planen und Bauen.

Der Vorsitzende berichtet, dass er eine Liste der entfallenen Investitionsmaßnahmen erhalten habe, aber nicht den Abwägungsprozess und die ermessensleitenden Kriterien nachvollziehen könne, aus dem diese Maßnahmen nicht in den Haushalt aufgenommen worden seien.

Senatorin Hagen führt aus, dass man die Anfrage mit einer tabellarischen Übersicht beantworten wollte, in der die beiden Haushaltsjahre 2025 und 2026 gegenüber gestellt worden seien. Grundsätzlich habe sich an dem Bedarf nichts verändert, allerdings müsse die Stadt mit den knappen Mitteln umgehen. Sie berichtet von den gestiegenen Baukosten, die dazu geführt hätten, dass einzelne Projekte mittlerweile deutlich größer seien, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Weiterhin habe es deutliche Einschnitte im Straßen- und Hafenausbau zugunsten des Schulbaus gegeben. Weiterhin bestehe die Prämisse, dass Verkehrssicherheit und Betriebssicherheit die vorwiegenden Aufgaben seien. Einige Projekte, wie etwa der Neubau der Schule Geniner Ufer, würden aus der Notwendigkeit heraus, dass an diesem Standort durch das neue Wohnquartier ein Bedarf an Schul- und Betreuungsplätzen entstehe, die Priorität bekommen, ansonsten gebe es eine fachliche Bewertung und Abstimmung mit den anderen Bereichen, insbesondere dem Bereich Schule und Sport.

BM Dr. Flasbarth konstatiert, dass der Hinweis, dass vor 2030 regelhaft keine neuen Projekte aufgenommen werden könnten, einiges an Sprengstoff beinhalte. Er fragt, ob alles, was in der Liste mit den 150 investiven Maßnahmen nicht enthalten sei, kein Geld bekommen könne.

Senatorin Hagen antwortet, dass es sein könne, dass im Zuge der jährlichen Haushaltsplanung Erkenntnisse entstünden, die dazu führen, dass sich Projekte verändern und nicht wie geplant nach vorne gehen würden. Wenn aber alles planmäßig laufe und die Rahmenbedingungen sich nicht ändern würden, würde die Planung, so wie dargelegt, voranschreiten.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Antwort also im Wesentlichen ein „Ja“ sei.

Senatorin Hagen sagt, dass dies aus heutiger Sicht so zutreffe.

BM Dr. Flasbarth sagt, dass die Zahlen für den Kreditbedarf in den nächsten Jahren völlig illusorisch seien.

Senatorin Hagen antwortet, dass derzeit noch nicht abzusehen sei, was in den Folgejahren an Einzahlungen eingehen werde. Es sei schwer vorherzusagen, welche Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten es in der Zukunft geben würde. Die Fördermittelgeber würden allerdings auch zurückhaltender werden. Die Hansestadt Lübeck sei auch nicht als einzige Stadt betroffen, die Kommunen hätten derzeit alle ähnliche Probleme. Der Haushalt sei der Rahmen, mit dem man meine, ein möglichst ausgewogenes Konzept erarbeitet zu haben.

Der Vorsitzende fragt, ob davon auszugehen sei, dass all die geplanten Investitionen umgesetzt werden könnten und der Kreditbedarf auch in der geplanten Höhe anfallen werde.

Senatorin Hagen erläutert, dass die Bauverwaltung letztes Jahr im Hochbau eine Umsetzungsquote von über 90% gehabt habe und auch dieses Jahr bereits im August eine Umsetzungsquote von 60% erreicht habe. Aufgrund des Zustands der Infrastruktur müssten die geplanten Investitionen auch umgesetzt werden.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob es sein könne, dass der Bedarf durch die Feuerwache II mit der Leitstelle zu einem höheren Kreditvolumen führe. Es habe geheißen, dass hierzu noch mit dem Land diskutiert werde, wie dieser Betrag Berücksichtigung finden solle.

Herr Uhlig berichtet, dass die Hansestadt Lübeck hierzu im Austausch mit der Kommunalaufsicht gestanden habe, aber diese hierzu keine Zusagen getroffen habe. Das Thema sei auch mit der zuständigen Staatssekretärin besprochen worden und man werde nach Beschluss des Haushalts erneut mit der Kommunalaufsicht in den Austausch gehen. Er hoffe, dass dieses Vorhaben als eine sog. rentierliche Maßnahme bei dem Ministerium abgesetzt werden würde.

AM Pluschkell kritisiert das Vorgehen des Landes in dieser Sache. Es könne nicht sein, dass das Land seinen Investitionshaushalt dadurch saniere, dass die Investitionen den Kommunen aufgelastet werden.

Der Vorsitzende fragt, ob die Hansestadt Lübeck die Wahl habe, die Aufgabe zu verwirklichen.

Herr Uhlig bejaht dies, mit dem Land sei in der Sache vor einigen Jahren eine Kooperationsvereinbarung getroffen worden. Dies sei aber nicht nur aus Druck des Landes geschehen, sondern auch, weil sich die Hansestadt Lübeck hieraus Synergien verspreche.

Senatorin Hagen betont, dass sich die Hansestadt Lübeck dafür einsetzen müsse, in Zukunft einen höheren Kreditrahmen zugebilligt zu bekommen, der bisherige werde nicht reichen. Es gebe einen Sanierungsstau von über einer Milliarde Euro bei den Schulen, das Problem ließe sich nicht mit niedrigeren Kreditvolumina oder Gebäudesperrungen lösen.

BM Dr. Flasbarth fragt, wie die Hansestadt Lübeck mit dem kommunalen Anteil am Sondervermögen umgehen wolle.

Herr Uhlig erklärt, dass davon ausgegangen werde, dass der Haushalt nicht in Gänze genehmigt werden würde, und man hoffe, nächstes Jahr höhere Einzahlungen zu erhalten, um dieses Delta zu überwinden. Mangels gesetzlicher Grundlage seien noch keine entsprechenden Mittel im Haushalt 2026 geplant.

Der Vorsitzende fragt, ob die im Haushalt eingestellten Mittel für den Radverkehr aus Sicht des Bereichs Stadtgrün und Verkehr ausreichend seien.

Senatorin Hagen verweist auf die Übersicht, welche Anteile am Haushalt für welchen Verkehrsträger verwendet werden würden. Es werde Einschnitte geben. Die Mittel für laufende Maßnahmen habe man um eine Million Euro reduzieren müssen und daneben gebe es noch laufende Projekte. Diese Projekte würden aber auch immer wieder Planungsleistungen erfordern. Die zuständige Abteilung habe mittlerweile zwei neue Mitarbeitende einstellen können.

Der Vorsitzende erkundigt sich, welche Maßnahmen 2024 geplant gewesen seien, die jetzt aber nicht umgesetzt werden könnten.

Herr Dreilich berichtet, dass die Maßnahme der Umgestaltung des Ost- und Westpreußenrings in Kücknitz nicht umgesetzt werden könne. Bislang habe das Personal gefehlt, dieses sei nun vorhanden, aber nun fehlten die Mittel. Dies sei ein Beispiel für eine große Maßnahme, es gebe aber auch viele kleinere. Es sei schwierig, die reinen Radwegemaßnahmen einzugrenzen, da bei der Anlage eines vernünftigen Radwegs immer der Straßenquerschnitt betrachtet werden würde.

Der Vorsitzende bittet darum, eine Liste zur Verfügung zu stellen, welche Radwegemaßnahmen nicht umgesetzt werden könnten und wie viele Mittel hierfür eingesetzt werden müssten.

AM Peukert kritisiert, dass eine Anfrage dazu, wann der Lindenteller überplant werde, nicht beantwortet worden sei, und man sich die Antwort nun aus dem Haushalt ziehen müsste.

AM Rohlf spricht an, dass man für die Maßnahmen Personal brauche, es aber viele Krankmeldungen gebe. Er wolle wissen, woran dies liege.

Senatorin Hagen antwortet, dass die Frage berechtigt sei, aber auch beachtet werden müsse, dass der Fachbereich Planen und Bauen einen hohen Anteil an gewerblichen Mitarbeitenden habe, die auch in fast allen Bereichen eingesetzt seien und ein hohes Durchschnittsalter der Beschäftigten, was hierzu beitragen könne. Weiterhin gebe es einzelne Langzeiterkrankte, die in der Statistik sehr prägend seien.

BM Dr. Flasbarth ergänzt zum Kommentar von AM Peukert, dass laut dem NDR-Bericht Ende des Jahres Ergebnisse für die Überplanung des Lindentellers vorliegen sollen.

Herr Dreilich entgegnet, dass er dies richtigstellen wolle. Was gesagt worden sei, sei, dass zum Ende des Jahres erste Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie vorgestellt werden könnten, die sich die Verwaltung jetzt erst habe zeigen lassen können. Diese Ergebnisse seien so neu, dass diese nicht mal Senatorin Hagen bekannt seien. Man befinde sich im Prozess, aber dies dauere seine Zeit. Zudem weise er auf die Quartalsberichte hin, in denen auch immer der aktuelle Sachstand zu dieser Maßnahme beschrieben werde.

BM Dr. Flasbarth erkundigt sich, ob die Fahrradstraße in der Altstadt auch aus dem Haushalt herausgefallen sei.

Herr Dreilich antwortet, dass die Verwaltung daran noch arbeite und auch recht weit fortgeschritten sei, aber die Maßnahme noch nicht in einem Stadium sei, in dem investive Mittel benötigt werden würden.

AM Pluschkell kritisiert den Umgang der Verwaltung mit der Puppenbrücke und der Unterführung dieser. Seit der Sperrung sei nichts passiert, da die Planung der Verwaltung deutlich umfangreicher geworden sei, anstatt einfach den alten Zustand wieder herzustellen. Manchmal müsse man sich auf das notwendige beschränken. Weiterhin fragt er, wo die Mittel für die Maßnahme an der Oderstraße/Zufahrt Schwartauer Allee eingepreist seien.

Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung bis zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft zu.

AM Pluschkell weist auf den Beschluss des Bauausschusses im Juni 2024 zum Leuchtenfeld hin und fragt, wo sich hierzu im Haushalt die Mittel befinden würden.

Senatorin Hagen sagt eine Beantwortung bis zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft zu.

AM Mählenhoff fragt, ob die Ausbildung der Gärtner:innen auch in der ehemaligen Reusch-Gärtnerei stattfinden solle.

Senatorin Hagen entgegnet, dass geplant sei, den Durchgang und das Gebäude bis Ende des Jahres mit konsumtiven Mitteln wieder herzurichten. Es werde aber die Stelle der Ausbildungsleitung benötigt.

AM Hamer möchte wissen, ob es möglich sei, Planungen zu erstellen, damit Maßnahme direkt umgesetzt werden könnten, wenn wieder Mittel verfügbar seien.

Senatorin Hagen führt aus, dass die Verwaltung sich bemühe, in die Zukunft zu schauen. Es sei eine Reihe an Grundinstandsetzungen geplant, die nicht umgesetzt werden könnten. Einzelne Teilmaßnahmen könnten allerdings vorgezogen umgesetzt werden, die Grundinstandsetzung selber würde aber weiterhin anstehen. In den Projekten gebe es Sollbruchstellen, bei denen überprüft werde, ob auch mit weniger Mitteln als ursprünglich geplant vorgegangen werden könne.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen an den Straßen, Wegen und Brücken.

Senatorin Hagen weist bezüglich des Projekts VIAA darauf hin, dass diese sehr viele Fördermittel erhalte, weswegen hier so hohe Einzahlungen bestünden.

Herr Gebert fragt, worum es sich bei der Maßnahme „Ortskern Schlutup“ handle.

Herr Dreilich antwortet, dass in den Straßen um die Kirche in Schlutup die EBL seit einigen Jahren die Kanäle saniere. Dies sei sehr aufwändig und kompliziert. Die Arbeiten seien kurz vor dem Abschluss und anschließend müsse der Straßenraum wiederhergestellt werden. Die Verwaltung werde hierzu in Kürze eine Vorlage in die Gremien geben.

BM Dr. Flasbarth sagt, dass er immer gehört habe, dass der Radschnellweg in der Ratzeburger Allee zu 90% gefördert werde, er dem Haushalt aber nur eine Förderung in Höhe von 70% entnehmen könne.

Senatorin Hagen sagt eine Überprüfung und Beantwortung bis zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft zu.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen des Schulbaus.

Senatorin Hagen führt dazu aus, dass in den letzten Jahren für den Schulbau immer ungefähr 15 Mio. Euro im Haushalt eingeplant wurden, mittlerweile aber fast das Doppelte eingeplant werde. Daran seien die Prioritäten ersichtlich.

Der Vorsitzende fragt, ob es sich bei den geschilderten Mehrkosten nur um ein Auffangen der Kosten handle.

Senatorin Hagen antwortet, dass die Kosten überall gestiegen seien.

Der Vorsitzende bittet um die Information, wie mit den Problemlagen Dachausbau OZD und der Domschule umgegangen werde, da diese nicht mehr im investiven Haushalt enthalten seien. Er könnte die Erwägungen dafür nicht nachvollziehen.

Herr Babendererde entgegnet, dass es sich um eine schwierige Situation handle. Die Verwaltung habe aus baufachlicher Sicht den Lösungsansatz gewählt, die Maßnahmen der Verkehrssicherung und Gefahrenabwehr zu priorisieren und Maßnahmen, die nicht als investive Maßnahme umgesetzt werden können, so gut es gehe als konsumtive Maßnahme umzusetzen.

BM Dr. Flasbarth fragt, ob mit mehr Mitteln zur Verfügung im Schulbau auch mehr Projekte umgesetzt werden könnten.

Herr Babendererde bejaht dies.

Senatorin Hagen ergänzt, dass die Verwaltung dann wieder umplanen würde.

Der Vorsitzende konstatiert, dass der Dachgeschossausbau der OZD also nicht kommen könne, da es sich um eine Erweiterung handle, und nicht als konsumtive Maßnahme umsetzbar sei.

AM Kohlfaerber fragt, ob die Grundschule Koggenweg wieder in die Maßnahmenliste aufgenommen werden könne, wenn es mehr Mittel gebe.

Der Vorsitzende merkt an, dass er es so verstanden habe, dass in diesem Fall die Maßnahmen neu priorisiert werden würden.

Senatorin Hagen stimmt zu und ergänzt, dass in diesem Fall die Verwaltung die Sachlage neu bewerten würde. Man wolle kein Projekt rauspicken.

Herr Uhlig erklärt, dass die Verwaltung bei möglichen Förderungen in vielen Projekten fast so weit sei, dass die Planung aus der Schublade gezogen werden könne, um diese doch noch umzusetzen. In diesem Fall würde dies über eine Vorlage in die Ausschüsse gegeben werden.

Der Vorsitzende dankt Herrn Uhlig und Frau Ohle für die Vorstellung. Er weist darauf hin, dass unter TOP 1 beschlossen wurde, den TOP nach der Diskussion auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Vorsitzende beantragt, erneut TOP 6.4.6 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Bebauungsplan 11.04.00 - Solarpark Blasfeld/Wulfsdorf - und zugehörige 153. Änderung des Flächennutzungsplanes Aufstellungsbeschlüsse
Vorlage: VO/2025/14538**

AM Stolzenberg bittet darum, sorgfältig mit den nicht privilegierten Bereichen umzugehen.

Beschluss:

1. Für den im Stadtteil St. Jürgen an der Straße Blasfeld gelegenen und im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) umgrenzten Bereich wird der Bebauungsplan 11.04.00 – Solarpark Blasfeld/Wulfsdorf – aufgestellt.
Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck wird für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 11.04.00 – Solarpark Blasfeld/Wulfsdorf – im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB geändert (153. Änderung).
Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Solarparks zur Stromerzeugung geschaffen werden.
2. Die Aufstellungsbeschlüsse sind gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll mittels einer Erörterungsveranstaltung, dem Einstellen der Unterlagen in das Internet sowie in Form eines zweiwöchigen Aushanges durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

AM Sellerbeck war bei der Abstimmung nicht im Raum anwesend.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 Antrag des BM Detlev Stolzenberg (Die Fraktion): AT zu: Zwischennutzung des Lagerplatzes am Leuchtenfeld als Spiel- und Sportfläche
Vorlage: VO/2025/14434-02**

Hierzu reden der Vorsitzende, AM Stolzenberg, wieder der Vorsitzende, Frau Belchhaus, wieder der Vorsitzende, AM Pluschkell, wieder AM Stolzenberg und AM Howe.

AM Pluschell beantragt, den Antrag dahingehend zu ändern, dass er dem Beschluss des Bauausschusses aus der Sitzung am 03.06.2024 unter TOP 7.2 (VO/2024/13239) entspricht.

Er verliest den Beschlusstext. Der Bauausschuss würde damit seinen damaligen Beschluss bekräftigen und der Bürgerschaft empfehlen, in diesem Sinne zu beschließen.

AM Stolzenberg übernimmt den Beschluss vom 03.06.2024 als Änderung seines Antrags.

Antrag:

~~Der Bürgermeister wird beauftragt, den Planungsprozess zur Umgestaltung des Leuchtenfeldes zu einem Landschaftspark zu beginnen. Im Bauausschuss und Wirtschaftsausschuss/KBT ist bis spätestens Dezember 2025 zu berichten.~~

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planung für die schrittweise Schaffung eines Landschaftsparks in Teilbereichen des Leuchtenfeldes und in der Trelleborgallee wieder aufzunehmen und hierzu der Lübecker Bürgerschaft rechtzeitig zur Inbetriebnahme des Parkhauses Fahrenberg einen entsprechenden Beschlussvorschlag entgegen zu bringen. Im Haushalt 2025 sind die erforderlichen Planungsmittel bereitzustellen.

Während die Verwaltung die Planung für die schrittweise Schaffung eines Landschaftsparks in Teilbereichen des Leuchtenfeldes und in der Trelleborgallee wieder aufnimmt, wird sie gebeten kurz zusammenzufassen wie der aktuelle Sachstand bei den einzelnen Teilprojekten ist, die laut dem Mobilitätskonzept für Travemünde die Voraussetzungen für die genannte Umwandlung des Leuchtenfeldes sind.

- Was ist in der Umsetzung,
- was ist von der Bürgerschaft bereits genehmigt,
- was ist durch die Verwaltung noch geplant?

Hier interessieren besonders die Parkpalette Lotsenberg (Punkt 3.1 des Mobilitätskonzeptes „Voraussetzung für die Errichtung der Parkpalette ist die Schaffung von Baurecht“) und die Frage nach dem Stand der Planung für die Skaterbahn und deren Ort.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem geänderten Antrag zu beschließen.

zu 5 Berichte

**zu 5.1 Zwischenbericht Raumplanung IV
Vorlage: VO/2025/14014**

Bericht:

Bei dem vorliegenden Zwischenbericht Raumplanung IV handelt es sich um eine Fortschreibung der Zwischenberichte Raumplanung I vom 26.11.2019 (VO/2019/07951), Raumplanung II vom 17.06.2021 (VO/2021/09736) und Zwischenbericht Raumplanung III vom 28.03.2024 (VO/2022/11513). Nach Beratung der Bürgerschaft des Zwischenberichts Raumplanung III am 28.03.2024 wurde der folgende Antrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen und der FDP (VO/2022/11513-01) für die weitere Planung beschlossen:

1. Der konkrete Bedarf an zukünftigen Büroräumen ist noch einmal zu überprüfen und darzustellen. Bei der Bemessung des Flächenbedarfs sind die Auswirkungen des demografischen Wandels, die potenzielle Ausweitung von Homeoffice sowie die Einführung von „New Work“-Arbeitsformen zu berücksichtigen.

2. In der Wirtschaftlichkeitsberechnung werden „laufende Kosten“ in den Varianten mit einer identischen Summe angesetzt. In einer Überarbeitung sind die konkreten Bewirtschaftungskosten der einzelnen Immobilien anzusetzen.

3. Die Aufwendungen und der Zeithorizont der notwendigen energetischen Sanierung der möglicherweise im Bestand verbleibenden Verwaltungsgebäude zum Erreichen der Klimaneutralität ist zu benennen und in die Wirtschaftlichkeitsberechnung aufzunehmen. Hierzu ist der Bestand systematisch zu erfassen (technischer Zustand/Verbräuche/prognostizierte Lebensdauer mit Instandsetzung und Sanierungsbedarf/Bewertung der energetischen Qualität).

4. Die Roddenkoppel wird nicht mehr priorisiert. Als neue eventuelle Standorte werden das Schlachthofgelände und der Volksfestplatz geprüft. Die Verwaltung wird gebeten, weitere mögliche Standorte, die eine schnelle Umsetzung zulassen, zu benennen. Dabei werden Grundstücke, die sich nicht im Besitz der Stadt befinden, nicht ausgeschlossen. Da der Standort „Bundesbankgebäude“ für die räumliche Zusammenführung des GMHL nicht mehr zur Verfügung steht, soll die Verwaltung prüfen, wie dies kompensiert werden kann.

Dieser Zwischenbericht Raumplanung IV dient dazu, die Aufträge der Bürgerschaft umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.1.1 Antwort auf Anfrage des AM Mauritz (CDU) zum Zwischenbericht Raumplanung IV - Darstellung der Variante 4 (VO/2025/14014)
Vorlage: VO/2025/14014-02**

Bericht:

Anfrage des AM Mauritz (CDU) im Bauausschuss am 16.06.2025 zum Zwischenbericht Raumplanung IV (VO/2025/14014).

Im Zuge der Diskussion zum Zwischenbericht Raumplanung IV (VO/2025/14014) bat AM Mauritz (CDU) um eine detaillierte Darstellung der Variante 4 des Berichts, damit die Abhängigkeiten und Verlagerungsströme der betroffenen städtischen Bereiche besser identifiziert werden können. Diese Darstellung soll zum Bauausschuss am 07.07.2025 vorliegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.1.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Jochen Mauritz (CDU), Dan Teschner (FDP): AT zu VO/2025/14014-03 Zwischenbericht Raumplanung IV
Vorlage: 2025/14014-03-01**

Antrag:

Der Bauausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Variante 4 aus dem Zwischenbericht Raumplanung IV wird weiterverfolgt. Die Verwaltung wird aufgefordert, die erforderlichen Mittel haushälterisch zu ordnen. Vor jedem Einzelvorhaben der Variante 4 ist eine separate Projektfreigabe politisch zu beschließen.
2. Die Kostenschätzungen für die Erweiterung / Umbau der Standorte Mühlendamm 10-14 und Dr. Julius Leber-Str. 46-48 sind zu aktualisieren und dem nächsten Zwischenbericht beizulegen.
3. Die Verwaltung erstellt jährlich nach der Sommerpause einen Bericht über den Umsetzungsstand in einer Soll-/Ist-Analyse inkl. Hintergründen und Begründungen bzgl. etwaiger Veränderungen bzw. Verzögerungen.
4. Innerhalb der Umsetzungszeit sind weitere Interimslösungen / Büroraumanmietungen ausgeschlossen.
5. Der Verwaltungsstandort Schildstraße 12-14 wird aufgegeben, die Verwaltung prüft, wo die Arbeitsplätze für die Verwaltung möglichst an einem der bestehenden Standorte untergebracht werden kann.

Der Antrag wurde durch die Antragsteller zurückgezogen.

zu 5.2 Städtebauliche Gesamtmaßnahme Altstadt - Sachstand und Maßnahmenpriorisierung
Vorlage: VO/2024/13609-01

Frau Neumann stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden AM Howe, Frau Neumann, der Vorsitzende, wieder Frau Neumann, Senatorin Hagen, Herr Gebert, wieder Senatorin Hagen, AM Stolzenberg und wieder Senatorin Hagen.

AM Howe fragt, wo die Mittel für die Maßnahmen im Haushalt verortet seien.
Senatorin Hagen sagt zu, die Frage zur Niederschrift zu beantworten.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Die Haushaltsmittel (= gemeindliche Eigenmittel im Zuge der Städtebauförderung für die Gesamtmaßnahme Altstadt) der Stadt Lübeck sind unter dem Produkt 511003 geordnet. Es sind investive Mittel.

Bericht:

Hiermit wird der im Zuge der Berichterstattung zum „Rahmenplan Innenstadt mit Mobilitätskonzept - Aktueller Stand zur Planung und Umsetzung“ (VO/2024/13609) angekündigte gesonderte Bericht zum Sachstand der Städtebaulichen Gesamtmaßnahme Altstadt vorgelegt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Vorsitzende beantragt trotz Ablauf der einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) noch die TOP 6.4.5 und TOP 7.1 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 5.3 Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement
Vorlage: VO/2025/14168

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Bericht zum aktuellen Bearbeitungsstand "Notfallplan Verkehrssicherheit"
Vorlage: VO/2025/14506**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Quartiersgaragen in Lübeck
Vorlage: VO/2025/14383**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.6 Bericht zum Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Ab-

schluss der Bestandsanalyse und Grundlagenermittlung für das Theater Lübeck
Vorlage: VO/2025/14519

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.7 Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: 2024/13808-03-01

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.8 Ergebnis der Überprüfung der tarifrechtlichen Eingruppierung der Reinigungskräfte in der Unterhaltsreinigung der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14516

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese

Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.9 Bericht zur Überplanung des Verkehrsraums in der Roonstraße
Vorlage: VO/2023/12427-01**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Senatorin Hagen, der Vorsitzende, Herr Dreilich, das stellv. AM Höfel, der hierzu Rederecht vom Bauausschuss erhält, AM Howe, AM Peukert und AM Blankenburg.

Bericht:

Beschluss des Bauausschusses vom 09.08.2025 ([VO/2023/12427](#)):

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen samt grober Kostenschätzung und Machbarkeitsstudie, für die Überplanung des gesamten Straßenraums der Roonstraße, mit dem Ziel die 4-Spurige-Straße auf 3-2 Spuren zu verringern, um Raum für den Ausbau der Radwege im ERA-Standard zu bekommen und sollte es bei Berücksichtigung entsprechender Schutzabständen zu den anderen Verkehrsteilnehmenden und dem straßenbegleitenden Stadtgrün, Raum für Stellplätze geben, sind diese bei entsprechendem Parkdruck planerisch mit darzustellen. Dafür notwendige Verkehrszählungen sind im Zuge der Grundlagenplanung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

zu 6.1.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Brock zur Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade Vorlage: VO/2025/13995-01

Anfrage:

1. Anfrage des AM Dr. Borck zur Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade (VO/2025/13995)

Im Haushaltsbegleitbeschluss VO/2024/13494-01 wurden für die Grundsanierung des Bolzplatzes in Groß Steinrade – in Ergänzung zu den vom Schulverein akquirierten Mitteln - 50.000,00 EUR zur Verfügung gestellt.

1. Wie ist der aktuelle Sachstand für die Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade?
 2. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher ergriffen, um die von den Bürgerinnen und Bürgern in Groß Steinrade sowie der dortigen Schule gewünschten Einrichtung umzusetzen?
 3. Gibt es bereits Planungen für Baubeginn?
2. Mündliche Anfrage des AM Siegenbrink zum Sachstand Bolzplatz in Groß Steinrade im Hauptausschuss am 09.09.2025

Antwort:

1. *Wie ist der aktuelle Sachstand für die Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade?*

Antwort:

Die Planung für die Wiederherrichtung des Bolzplatzes Groß Steinrade sind abgeschlossen. Die Entwässerungsthematik wurde gelöst und die Entwässerungsgenehmigung liegt vor.

2. *Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher ergriffen, um die von den Bürgerinnen und Bürgern in Groß Steinrade sowie der dortigen Schule gewünschten Einrichtung umzusetzen?*

Antwort:

Die Possehl-Stiftung, der Schulverein Groß Steinrade und der Bereich Stadtgrün und Verkehr haben sich im Sommer über das weitere Vorgehen abgestimmt. Die Förderzusage wird entsprechend umgewidmet. Die Annahme der Spende ist in Vorbereitung und befindet sich derzeit im Gremienlauf.

3. *Gibt es bereits Planungen für Baubeginn?*

Antwort:

Derzeit wird das Vergabeverfahren durchgeführt. Abhängig vom Verlauf des Verfahrens könnten die Arbeiten Mitte November 2025 beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.2 Antwort auf die Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Pfützenbildung Falkenstraße

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 16.12.2024 unter TOP 6.2.7

AM Dr. Brock weist auf die Pfützenbildung in der Falkenstraße in der Auffahrt vom Sportverein Phönix hin und möchte wissen, wie diese beseitigt werden könne.

Antwort:

Der Zustand wurde überprüft. Bei Auffahrten sind die Anlieger selber für den verkehrssicheren Zustand gemäß der Überfahrtsgenehmigung zuständig. Der Eigentümer wurde aufgefordert, die Schäden fachgerecht beseitigen zu lassen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.3 Antwort auf die Anfrage des AM Kohlfaerber (SPD): Sachstand B-Plan Mühlenberg

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 15.09.2025 unter TOP 6.2.9

AM Kohlfaerber bittet um einen Sachstand zum B-Plan Mühlenberg.

Antwort:

Zur Vorbereitung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist ein Vorentwurf zur Verdeutlichung der Ziele und Zwecke des Bebauungsplanverfahrens in Erstellung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.4 Antwort auf die Anfrage des AM Ingwersen (CDU): Sachstand VEP

Anfrage aus der Bauausschusssitzung am 19.05.2025 unter TOP 6.2.11

AM Ingwersen bittet um einen aktuellen Sachstand und geplanten Zeitscheine zur Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans.

Antwort:

Die Verwaltung hat eine breit angelegte Öffentlichkeitsbeteiligung zur Neuaufstellung des Verkehrsentwicklungsplans im ersten Halbjahr 2025 durchgeführt (u. a. Informationsveranstaltung, Ausstellung mit Informationstafeln, Sprechstunde für Bürger:innen, Planungsworkshop). Bei dem Planungsworkshop ging es insbesondere um die Frage, wie der öffentliche Straßenraum in Zukunft aufgeteilt werden soll. Dem Bericht VO/2025/14412 können die Ergebnisse der o. g. Bürger:innenbeteiligung entnommen werden.

In der Zwischenzeit hat die Verwaltung Berichte über die „Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV“ (siehe VO/2024/13418-01-01) und die „Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn“ (siehe VO/2025/14411) vorgelegt, um die Systemfrage der etwaigen Wiedereinführung einer Straßenbahn bzw. Berücksichtigung einer Straßenbahn im VEP, der als Zeithorizont das Jahr 2040 hat, zu klären (siehe VO/2024/13418).

Aktuell gehen die Arbeiten an dem ersten Entwurf des Gesamtverkehrsnetzes unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürger:innenbeteiligung voran, die im zweiten Halbjahr 2025 weitgehend abgeschlossen sein sollen. Anschließend ist die Beteiligung von Interessenvertretungen, die iterative Überarbeitung des Entwurfs des Gesamtverkehrsnetzes und die Maßnahmenplanung im ersten Halbjahr 2026 geplant. Die Verwaltung hat vor, eine Beschlussvorlage zur Neuaufstellung des VEP Ende 2026 in den Gremienumlauf zu geben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.5 Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD): Zielabweichungsverfahren WindenergieFlächen

Anfrage aus der Bauausschusssitzung am 02.06.2025 unter TOP 6.2.1 (VO/2025/14286)

Die Gemeindeöffnungsklausel nach § 245e Abs. 5 des Baugesetzbuches ist am 14.01.2024 in Kraft getreten. Demnach können Kommunen bei der Landesplanungsbehörde ein Zielabweichungsverfahren beantragen, um Windenergieflächen außerhalb von Vorranggebieten zu

planen. Diese Klausel erlaubt es vorübergehend ausschließlich Kommunen, Windenergie-Flächen auszuweisen. So dürfen Kommunen zeitlich begrenzt bis Ende 2027 auch außerhalb der vom Land vorgegebenen Vorranggebiete Windkraftanlagen planen. Mit den weniger strengen Regeln und Auflagen soll die Leistung durch Windenergie im Land deutlich erhöht werden.

Dieses vorausgeschickt, frage ich:

Beabsichtigt die Verwaltung, der Lübecker Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen zur Anwendung der Gemeindeöffnungsklausel gemäß § 245e Abs. 5 des Baugesetzbuches auf dem Gebiet der Hansestadt Lübeck? Falls ja, wann wird es eine entsprechende Beschlussvorlage geben? Falls nein, warum soll es keine entsprechende Vorlage geben?

Antwort:

Die Gemeindeöffnungsklausel im BauGB gilt auch für die Hansestadt Lübeck, allerdings steht das Landesplanungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein dieser Möglichkeit entgegen. Gemäß § 13b LaPlaG soll einem Antrag auf Abweichung von den Zielen der Raumordnung, anders als es der § 245 Abs. 5 BauGB festlegt, nicht stattgegeben werden, wenn ein Raumordnungsplan an der geplanten Stelle ein Gebiet für mit der Windenergie unvereinbare Nutzungen oder Funktionen festlegt. Ferner ist eine Beachtung der (auf der Maßstabsebene nicht räumlich explizierten) Ziele des LEP Wind erforderlich (§ 13b Abs. 1 Nrn 1 und 2 LaPlaG).

Durch das Erfordernis des „Beachtens“ ist der Katalog an Flächen, die für eine Windenergienutzung in Frage kommen, auf wenige vereinzelte Flächen im Süden der HL beschränkt. Diese befinden sich z.T. im Geltungsbereich des in Aufstellung begriffenen Bebauungsplans „Solarpark Beidendorf“ sowie in der Einflugschneise des Lübecker Flughafens. Aus diesen Gründen wurde auf die Erstellung einer Vorlage verzichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Neue Anfragen

**zu 6.2.1 AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Anfrage zur Einführung Tempo 30 in Brodten
Vorlage: VO/2025/14623**

Anfrage:

Warum besteht die Tempo 30-Regelung auf der Straße „Pfungstbusch“ in Brodten nicht durchgehend bis zum Ortsausgang?

Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung**zu 6.4 Sonstige Mitteilungen****zu 6.4.1 Sitzungstermine Bauausschuss 2026
Vorlage: VO/2025/14459**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung: Trave Campus

Herr Stamer und Herr Rennemüller von der Handwerkskammer Lübeck stellen das Vorhaben anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Pluschke, Herr Stamer, AM Lange, Herr Rennemüller, AM Mählenhoff, AM Rohlf, Herr Schulz, das stellv. AM Rostkowski, die hierfür Rederecht erhalten hat, und der Vorsitzende.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 6.4.3 auf.

zu 6.4.3 Mündliche Mitteilung (Beirat für Menschen mit Behinderungen): Inklusive Spielplätze

Frau Schellbach stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende ruft TOP 6.4.6 auf.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Neue Teutendorfer Siedlung

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

zu 6.4.5 Mündliche Mitteilung (5.000.1): Projektstatus VIAA

Frau Fröhlich stellt den aktuellen Projektstatus anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden AM Hamer, Frau Fröhlich und Senatorin Hagen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende beantragt trotz Ablauf der einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) noch den TOP 5.9 aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende ruft TOP 5.9 auf.

zu 6.4.6 Mündliche Mitteilung: Wochenmarkt am Brink. Erreichbarkeit während der Baumaßnahmen zum Radschnellweg; Inanspruchnahme von Wochenmarktsflächen im Zuge der Baumaßnahmen

Der Vorsitzende erklärt, dass die Befürchtung bestehe, dass die Straße am Brink die nächsten Monate nicht erreichbar sei.

Herr Peters berichtet zu der Baumaßnahme an der Ratzeburger Allee. Es werde Einschränkungen geben, aber keine Situation, in der Geschäfte oder Marktstände längerfristig nicht beliefert werden könnten. Die Straße am Brink sei nicht durch die Maßnahme an der Ratzeburger Allee betroffen, hierzu müsse der Bereich Wirtschaft und Liegenschaften befragt werden.

Hierzu reden der Vorsitzende, Herr Massa, der vom Bauausschuss hierfür Rederecht erhalten hat, wieder der Vorsitzende, Senatorin Hagen, wieder Herr Massa, das stellv. AM Höfel, der hierfür Rederecht erhalten hat, und wieder der Vorsitzende.

Der Vorsitzende berichtet, dass Frau Csösz erst zu einem späteren Zeitpunkt an der Sitzung teilnehmen könne, weswegen er beantrage, den TOP zu verlassen, um ihn später in der Sitzung wieder aufzurufen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende ruft TOP 3.2 auf.

Der Vorsitzende ruft im Anschluss an die Debatte unter TOP 3.3 wieder den TOP 6.4.6 auf.

Hierzu reden der Vorsitzende, Frau Csösz, wieder der Vorsitzende und wieder Frau Csösz.

Der Vorsitzende bittet darum, in der nächsten Sitzung die Planung für die Baumaßnahme am Markt vorzustellen.

Frau Csösz sagt dies zu.

Der Vorsitzende beantragt, diesen TOP auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende ruft TOP 3.4 auf.

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 7.1	Antrag des BM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens Glashüttenweg 33-35 Vorlage: VO/2025/13967
---------------	--

AM Stolzenberg begründet seinen Antrag.

AM Rohlf bemängelt, dass ein B-Plan zusätzliche Bürokratie und höhere Kosten bedeute. Er halte dies nicht für zielführend.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, für den unbeplanten, wasserseitigen Bereich des Glashüttenwegs (Glashüttenweg 33-35) ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten. Der Aufstellungsbeschluss soll dem Bauausschuss spätestens im April 2025 vorgelegt werden.

Für den vorliegenden Bauantrag Glashüttenweg 33-35 soll eine Zurückstellung der Entscheidung über die Zulässigkeit des Baugesuchs nach § 15 BauGB beantragt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 7.2 AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Nachpflanzung von Alleebäumen in Ivendorf
Vorlage: VO/2025/14554**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Dringlichkeitsantrag von AM Sascha Luetkens (Fraktion Linke & GAL): Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ratzeburger Allee für die Zeit der Baustellensituation
Vorlage: VO/2025/14566**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.4 Antrag AM Stolzenberg (Die FRAKTION): Prüfauftrag zur Errichtung einer öffentlichen Sport- und Freizeitanlage im Orkney Park in Travemünde

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:42 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:44 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Frau Belchhaus gebeten.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:50 Uhr.

Lübeck, den 11. Dezember 2025

Dr. Ulrich Brock
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff
Protokollführung